Verordnung zum Gesetz über die Hochschule für Technik und Wirtschaft

Gestützt auf Art. 19 des Gesetzes über die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTWG) vom 8. Dezember 2004

von der Regierung erlassen am 20. Dezember 2005

I. Betriebs- und Rechnungsführung

Art. 1

Verfügungen und Beschlüsse personalrechtlicher Natur im Sinne von Artikel 63 der Verordnung über das Arbeitsverhältnis der Mitarbeitenden des Kantons Graubünden werden durch die Hochschule vorbereitet.

Vorbereitung
personalrechtlicher
Entscheidungen

Art. 2

¹ Die Hochschule führt das Finanz- und Rechnungswesen nach anerkannten kaufmännischen Grundsätzen. Die Jahresrechnung hat ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu zeigen. Die Jahresrechnung besteht aus der Bilanz, der Erfolgsrechnung und dem Anhang. Sie enthält die Vorjahres- und die Budgetzahlen.

Rechnungs-
führung

² Sie führt eine Kostenrechnung.

Art. 3

¹ Die Abschreibung der Sachanlagen richtet sich nach den Bestimmungen der kantonalen Finanzhaushaltsgesetzgebung betreffend die Abschreibung des Verwaltungsvermögens.

Abschreibungen
und
Aktivierungen

² Im Rahmen des bewilligten Kantonsbeitrags sind ausserordentliche Abschreibungen auf den Sachanlagen zulässig. Ausserordentliche Abschreibungen sind separat auszuweisen.

³ Aktivierungen sind nur für Investitionsausgaben und nur im Rahmen des bewilligten Budgets zulässig.

Art. 4

¹ Um drohende Verluste zu decken, sind Rückstellungen zu bilden.

Rückstellungen

² Die Bildung von reinen Aufwandrückstellungen ist nicht zulässig.

Art. 5

Zweckgebundene Reserven Werden für Beschaffungen oder Vorhaben budgetierte Mittel innerhalb der Rechnungsperiode nicht beansprucht, können zweckgebundene Reserven gebildet werden.

Art. 6

Allgemeine Reserven ¹ Jahresgewinne sind zur Abdeckung künftiger Verluste den allgemeinen Reserven zuzuweisen.

² Die Reserven dürfen insgesamt zehn Prozent des Bruttoaufwandes nicht übersteigen. Wenn die Reserven den Maximalwert erreichen, ist der darüber hinaus ausbezahlte Kantonsbeitrag zurückzuzahlen.

Art. 7

Verwendung und Ausweis von Rückstellungen und Reserven ¹ Rückstellungen und zweckgebundene Reserven sind im Einzelnen offen auszuweisen, bestimmungsgemäss zu verwenden und aufzulösen, sobald die Voraussetzungen dahingefallen sind.

² Die Bildung und Auflösung von Rückstellungen, sowie von zweckgebundenen und allgemeinen Reserven sind im Anhang der Jahresrechnung einzeln auszuweisen.

Art. 8

Bewertung ¹ Das Umlaufvermögen wird nach kaufmännischen Grundsätzen bewertet.

² Das Anlagevermögen ist höchstens zu seinem Beschaffungs- oder Herstellungswert unter Abzug der notwendigen Abschreibungen zu bilanzieren.

³ Das Fremdkapital wird zum Nominalwert bewertet.

Art. 9

Aufnahme und Anlage von Fremdmitteln ¹ Die Finanz- und Liquiditätsbewirtschaftung ist nach wirtschaftlichen Kriterien vorzunehmen.

² Die Hochschule ist bei der Wahl der Finanzinstitute frei. Vor der Aufnahme von Fremdmitteln und der Anlage von Mitteln hat sie die kantonale Finanzverwaltung anzuhören.

³ Der Kanton kann der Hochschule Darlehen für die Finanzierung von Sachanlagen gewähren. Die Darlehen sind nach Marktkonditionen zu verzinsen und im Ausmass der Abschreibungen der Sachanlagen zurückzuzahlen.

II. Budgetverfahren

Art. 10

¹ Das Budget ist nach den formellen und materiellen Vorgaben des Departements zu erstellen. Die Budgetunterlagen sind mit sämtlichen Leistungs- und Finanzdaten sowie Kennzahlen zu ergänzen, die den Anforderungen an das Beitragscontrolling im Sinne des Finanzhaushaltsgesetzes entsprechen. Budgetvorgaben

² In Bezug auf den Einsatz von Personal und Sachmitteln gelten Vorgaben für die kantonale Verwaltung ausschliesslich sinngemäss.

Art. 11

¹ Der Grosse Rat legt den Globalbeitrag und die weiteren Beiträge an die Hochschule auf Antrag der Regierung im Rahmen des Kantonsbudgets fest. Genehmigung
Budget und
Jahreskontrakt

² Der Abschluss des Jahreskontrakts und die Genehmigung des Budgets der Hochschule erfolgen im Anschluss an die Dezembersession auf der Grundlage des vom Grossen Rat verabschiedeten Kantonsbudgets.

III. Kantonsbeitrag und Jahresrechnung

Art. 12

¹ Der Kanton leistet der Hochschule für den Fachhochschulbereich einen Globalbeitrag. Beitragsarten und
-bemessung

² Die Beiträge für die weiteren Bildungsleistungen richten sich nach den Bestimmungen der kantonalen und eidgenössischen Berufsbildungsgesetzgebung.

³ Die Bemessung der Kantonsbeiträge erfolgt durch das Amt bis Mitte April des Folgejahres.

Art. 13

¹ Der Kanton richtet den Globalbeitrag zu 100 Prozent im laufenden Jahr aus. Auszahlung der
Beiträge

² Er leistet der Hochschule Teilzahlungen, welche soweit möglich auf die Liquiditätsbedürfnisse der Hochschule abzustimmen sind.

Art. 14

¹ Jahresbericht und revidierte Jahresrechnung sind bis Mitte Mai des folgenden Jahres der Regierung zur Genehmigung zu unterbreiten. Im Jahresbericht sind die wichtigsten Leistungs- und Finanzdaten sowie Kennzahlen des Beitragscontrollings im Sinne des Finanzhaushaltsgesetzes aufzunehmen. Jahresbericht und
-rechnung

² Sie werden dem Grossen Rat in der Junisession des Folgejahres zur Kenntnis gebracht.

IV. Gehaltsregelung

Art. 15

Höchstanzu-
rechenbare
Gehälter

Für die Gehaltsregelung gelten die Bestimmungen über Fachhochschulen von Anhang 2 zur Verordnung über die Subventionierung der Institutionen der Berufsbildung im Kanton Graubünden.

V. Baubeiträge, Miete

Art. 16

Bau- und
Mietbeiträge

Die Gewährung von Bau- und Mietbeiträgen erfolgt gemäss den Bestimmungen der kantonalen und eidgenössischen Berufsbildungsgesetzgebung.

VI. Schlussbestimmungen

Art. 17

Änderungen
bisherigen Rechts

Die nachfolgenden Erlasse werden wie folgt geändert:

1. Verordnung über die Subventionierung der Institutionen der Berufsbildung im Kanton Graubünden vom 19. Dezember 1995 (BR 430.400)

Art. 1 Abs. 3 zweiter Satz

Aufgehoben

2. Anhang 3 der Verordnung über die Subventionierung der Institutionen der Berufsbildung im Kanton Graubünden (Leistungsvereinbarung und Globalbudgetierung an Fachhochschulen) vom 11. Dezember 2001 (BR 430.400)

Aufgehoben

Art. 18

In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2006 in Kraft.

Namens der Regierung

Die Präsidentin: *Eveline Widmer-Schlumpf*

Der Kanzleidirektor: *Claudio Riesen*